

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 98 (2007)
Heft: 22-23

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

IEA lobt Schweizer Energiepolitik

Die Internationale Energie-Agentur (IEA) hat die schweizerische Energiepolitik nach 2003 einer erneuten vertieften Prüfung unterzogen. Nobuo Tanaka, Exekutivdirektor der IEA, hat am 26. November den Bericht über die Schweiz in Bern vorgestellt.

Die IEA lobt die Aktionspläne für Energieeffizienz und erneuerbare Energien sowie die Wirkungen des Programms Energie Schweiz. Bundesrat Leuenberger freut sich über diese Lorbeeren: «Wir sind im Einklang mit der EU. Letztlich sind die Aktionspläne ein Kompromiss zwischen Umwelt-

zielen, wirtschaftlichen Möglichkeiten und politisch tragbaren Lösungen.» Die IEA empfiehlt der Schweiz zudem, die Anreize für Energieeffizienz weiter zu verstärken, die Rahmenbedingungen für Investitionen in neue Stromerzeugungsanlagen zu verbessern sowie eine höhere Besteuerung fossi-

ler Energien zur Reduktion der CO₂-Emissionen zu prüfen.

Bessere Rahmenbedingungen für Grosskraftwerke nötig

Die IEA macht aber auch darauf aufmerksam, dass die Schweiz in den Bereichen der künftigen Stromversorgung und des Klimawandels vor weiteren Herausforderungen steht. Die Stromnachfrage wachse schneller als die inländische Produktion, und es gebe nur wenige Pläne für neue Grosskraftwerke. Die IEA stellt weiter fest, dass der Bau von Gaskraftwerken in der Schweiz durch die geltenden CO₂-Auflagen in Frage gestellt sei, und empfiehlt, die Emissionsreduktionsziele gleichmässiger auf die Sektoren Verkehr, Stromerzeugung und Industrie zu verteilen. Die Agentur empfiehlt der Schweiz auch, die Liberalisierung des Gasmarktes in die Wege zu leiten.

Schweizer fahren «durstige» Autos

Bundesrat Leuenberger findet die Kritik der IEA berechtigt, dass Heiz- und Treibstoffe in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern «zu billig» angeboten werden. Wie sich gezeigt habe, sei der bisherige Klimarappen nicht attraktiv genug und habe nicht den gewünschten Erfolg gebracht. «Die Schweizerinnen und Schweizer fahren immer noch die durstigsten Autos und sind oft einsame Fahrer», sagt Leuenberger. Die Schweiz sollte sich für die Zukunft ehrgeizige Ziele setzen, vor allem im Bereich Verkehr, um somit den CO₂-Ausstoss zu vermindern. (nr)



V.l.n.r.: Nobuo Tanaka, Exekutivdirektor der IEA, Bundesrat Moritz Leuenberger und Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie, an der Pressekonferenz.

Verhandlungen Schweiz – EU gestartet

Am 8. November hat in Brüssel die erste Verhandlungsrunde zwischen der Schweiz und der Europäischen Union im Strombereich stattgefunden. Hauptanliegen beider Seiten ist die Versorgungssicherheit im liberalisierten Umfeld. Mit der Inkraftsetzung des Stromversorgungsgesetzes im Jahr 2008 schafft die Schweiz eine wichtige Voraussetzung für Fortschritte in diesem Verhandlungsdossier.

Mit dem Abkommen sollen der Netzzugang für den grenzüberschreitenden Stromverkehr geregelt und die Sicherheitsstandards für die Transitnetze harmonisiert werden.

Weiter umfassen die Verhandlungen den grenzüberschreitenden Marktzugang sowie den Handel mit Strom aus erneuerbaren

Energien, wobei es um die Anerkennung der Zertifikate für grünen Strom geht. Zentrale Elemente für die Schweiz sind die Bestimmungen für die Nutzung des Übertragungsnetzes. So sind auch die Verfahren zur Handhabung von Engpässen sowie die Transitzkostenentschädigung Teil der Verhandlungen.

1. Runde im Zeichen der Schweizer Marktöffnung

Im Zentrum der ersten Verhandlungsrunde stand die Frage, wie den Interessen der Verhandlungspartner angesichts der aktuellen Entwicklungen in der Schweiz – das bevorstehende Inkrafttreten des Stromversorgungsgesetzes – und der EU Rechnung getragen werden kann. Die Verhandlungsdelegation der EU wird von Fabrizio Barbaso, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Energie und Verkehr der Europäischen Kommission, geleitet. Leiter der Schweizer Delegation ist Walter Steinmann, Direktor des Bundesamts für Energie. Die schweizerische Delegation setzt sich weiter aus Vertretern des EDA, des Seco und der Kantone zusammen. Die nächste Verhandlungsrunde ist für Ende

Januar oder Anfang Februar 2008 in der Schweiz vorgesehen.

Zwischen Harmonisierung und Abgrenzung

Mit dem Stromversorgungsgesetz führt die Schweiz per 2008 bereits wesentliche Grundprinzipien ein, die den europäischen Rechtsgrundlagen im Strombereich entsprechen. Sie schafft damit die Voraussetzung, dass die in den Verhandlungen

angestrebte Harmonisierung der Regelungen für den Stromtransit und der Sicherheitsstandards konstruktiv vorangetrieben werden kann.

Ein wichtiger und umstrittener Punkt der Verhandlungen sind die Langfristverträge der Schweiz mit Frankreich (EDF). Es sind Investitionen der Schweizer Elektrizitätswirtschaft in Frankreich, also mehr als normale Lieferverträge. Brüssel hingegen bekämpft Langfristverträge als sogenanntes

Markthindernis. Für die Schweiz sind diese Verträge aber zentral. Im Stromversorgungsgesetz hat das schweizerische Parlament ein fortschrittliches Regelwerk beschlossen. Dieses muss dem *Acquis communautaire* der EU entgegengestellt werden können. Eine *Telquel*-Übernahme kann nicht in Frage kommen, soll die Schweiz auch in Zukunft als eigenständige Stromdrehscheibe für Europa agieren können. (BFE/VSE/kl)

20. World Energy Congress: Verbrauch und Preise steigen

Im Jahr 2050 wird rund doppelt so viel Energie verbraucht werden wie heute. Das zeigt eine Studie des Weltenergieerates (WEC). Bis dahin will der WEC die Zahl der Menschen, die keinen Zugang zu Strom haben, auf 500 Mio. reduzieren. Auch die Treibhausgase sollen bis dahin gesenkt werden.

Der 20. Weltenergiekongress des Weltenergieerates (WEC) fand vom 11. bis 15. November 2007 in Rom statt. An diesem bedeutendsten Weltforum, das alle drei Jahre stattfindet, diskutierten mehr als 4000 Delegierte aus Wirtschaft, Verwaltung und Regierungen aus 115 Ländern über die wichtigsten Themen der Energiepolitik. Der Kongress stand unter dem Thema «Energy of the Future – The Future of Energy».

Energieverbrauch nimmt zu

In Zukunft wird der weltweite Energieverbrauch nochmals deutlich zunehmen. Nach der Studie des Weltenergieerates (WEC) wird die Nachfrage nach Energie bis 2050 um 70 bis 100% steigen, sich also verdoppeln. Gegenwärtig könnten rund zwei Milliarden Menschen, ein Drittel der Weltbevölkerung, keine kommerzielle Energie nutzen. Grundsätzlich gebe es aber keine Engpässe bei Ressourcen, Kapital oder Technologien, die einer breiteren Energienutzung entgegenstünden. Das Problem sei vielmehr Transport und Verteilung der Energie.

Preise werden steigen

Eine Preisprognose enthält die Studie nicht, doch hält der WEC generell hohe Energiepreise für wahrscheinlich und sinnvoll. «Höhere Preise erlauben es, mehr in die Energieerzeugung und in Forschung

und Entwicklung zu investieren, und sie verbessern die Energieeffizienz», sagte der südafrikanische Energiemanager Brian A. Statham, der die Studie vorstellte.

Strategie der Schweiz stimmt

Wie Josef A. Dürr, Direktor des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) und Teilnehmer des Weltenergiekon-

gresses in Rom, berichtete, dehnt sich das Spannungsfeld zwischen Energiebedarf und Klimafolgen ungebrochen aus. Gegenwärtig werden weltweit pro Jahr 250 GW Kraftwerkleistung neu zugebaut, davon 100 GW allein in China und Indien. «Die total installierte Kraftwerkleistung in Westeuropa beträgt vergleichsweise rund 800 GW», sagt Dürr. Als Massnahmen ziele auch der WEC auf die Steigerung der Energieeffizienz, die Förderung der erneuerbaren Energien und den Zubau von Grosskraftwerken. Dürres Fazit: «Mit der vom Bundesrat definierten und vom VSE unterstützten Strategie für die Schweiz liegen wir somit richtig.» (sda/kl)



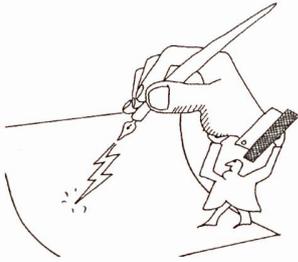
Präsentation vor Diplomaten und Pressevertretern.

**ECG – PARTNER DER
ENERGIWIRTSCHAFT**

ECG

THE ENERGY CONSULTING GROUP

www.the-ecgroup.com



Wortkraft: voll krass

Zurzeit machen sich viele helle Köpfe Gedanken, aus welchen Quellen Strom gewonnen werden könnte. Wellen, Abwasser, Erdwärme, sogar aus Abfall macht man heute Strom.

Ich habe mir zu diesem Thema natürlich auch Gedanken gemacht. Als Sprachwissenschaftlerin bin ich auf die Idee gekommen, dass es doch ganz gut wäre, wenn man aus Wörtern Strom gewinnen könnte. Wortkraft wäre erneuerbar und reichlich vorhanden.

Dank ihr würden Fernseh- und Radiostudios, das Bundeshaus, Vorlesungsräume, Schulen, Kindergärten, Bahnhöfe, Wohnstuben und Kaffeehäuser zu Räumen voller Energie.

Selbstverständlich wären nicht alle Wörter für die Stromerzeugung gleich gut geeignet. Wörter mit vielen Plosiven, also «p», «t» und «k», Zischlauten wie «z», «sch» und «tsch» und Frikativen wie «v» und «w» sind besonders energiereich, da bei diesen viel Luft explosiv, vibrierend oder in einem Zischen freigesetzt wird. Gut eignet sich auch das «H», bei dem der Atem tonlos hervorgepresst wird (ier aben die Romands einen Nachteil!).

Auffallend energiereich sind Fluch-, Schimpf- und sogenannte Kraftwörter wie (exgüsi) Shit, Depp, Tötsch und Kotzbrocken, ... Voll krass: Hier wird überschüssige Energie kraftvoll verbalisiert und schändlich verschwendet, es sei denn, sie stosse auf offene Ohren. Das soll nun aber kein Aufruf zu wüster Sprache für die Stromproduktion sein. Auch Cockpit, Hotzenplotz, CVP, Hitchcock, Harry Potter und die Häx Schnäderigäx stecken voller Energie.

Für die Grundlast der Wortkraft braucht es einen gleichmässigen Schwall von Wörtern. Hier wäre beispielsweise Beni Turnheer ein verlässlicher Produzent. Aber auch diverse Radiosender (allen voran Radio Energy) oder rege Nutzer des Plauderabos der Swisscom wären starke Partner für die Deckung der Grundlast. Für die Spitzenlast liessen sich die Wörter mittels Tonträger speichern und bei Bedarf abspielen.

Einziges Problem der Wortkraft ist die Mobilität ihrer Quellen. Das erschwert die Bündelung der Energie, Transformation, Übertragung und Verteilung. Die Energieform befindet sich also eher noch in den Babyfinken als schon in den Kinderschuhen. Doch wo der Strom knapp wird, müssen alle möglichen Energiequellen zumindest überdacht werden. (Ch. Stalder)

Kernenergiehaftpflicht: Umstritten ist, wer wie viel bezahlt

Voraussichtlich in der Wintersession geht die Vorlage zur Revision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes in den Ständerat. Umstritten ist die Höhe der Haftpflicht und wer dafür aufkommen soll.

Die obligatorische Versicherungsdeckung für Kernanlagen soll von 1 auf 1,8 Mrd. CHF erhöht werden, so schlägt es der Bundesrat vor. Die Inhaber der Kernanlagen müssen künftig beim Schweizer Nuklear-Versicherungspool eine Versicherung für mindestens 1 Mrd. zuzüglich 100 Mio. für Zinsen und Verfahrenskosten abschliessen. Die Differenz zwischen diesen 1,1 Mrd. und der Mindestdeckung von 1,8 Mrd. pro Anlage versichert der Bund. Die Energiekommission (UREK) beantragt dem Ständerat, der Totalrevision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes zuzustimmen. Eine Kommissionsminderheit beantragt, den Gesamtbetrag auf 2,25 Mrd. zu erhöhen, wie dies der Vernehmlassungsentwurf noch vorgesehen hatte.

Die Atomenergie-kritische Organisation «Stopp Atom» hält die laufende Revision des Kernenergiehaftpflichtgesetzes für unzureichend. In einer Medienmitteilung vom 20. November forderte sie, dass die Be-

treiber von Schweizer Kernkraftwerken (KKW) für mögliche Schäden selber aufkommen. Heute werde die Atomindustrie wegen der viel zu tiefen Haftpflicht indirekt subventioniert. Diese Summe sei angesichts der ungeheuren Kosten eines Unfalls viel zu tief, erläuterte der britische Atomenergie-Experte John H. Large. Bei einer Katastrophe müssten die Steuerzahler für das Gros der Schäden aufkommen. Nach Ansicht von «Stopp Atom» sollten KKW-Betreiber für mögliche Schäden vollumfänglich selber aufkommen. Diese Schadensdeckung müsse bei einem KKW-Neubau vom ersten Betriebstag an garantiert sein. «Wir wollen Kostenwahrheit und gleich lange Spiesse für alle Technologien», erklärte Jürg Buri, Präsident von «Stopp Atom». Dafür brauche es eine Haftpflicht, die diesen Namen verdiene. «Stopp Atom» ruft deshalb den Ständerat auf, das Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen. Die Kleine Kammer solle zudem die Landesregierung auffordern, das Schadenspotenzial eines nuklearen Unfalls in einem schweizerischen KKW konkret zu ermitteln. (sda/kl)

Massive Steuersenkung in Döttingen dank KKW-Steuern

Die KKW-Standortgemeinde Döttingen AG hat den Steueransatz für 2008 um 30 Prozentpunkte gesenkt. Damit verfügt die Gemeinde dank den Gewinnsteuern der Nordostschweizerischen Kraftwerke AG (NOK) über den tiefsten Steueransatz im Aargau.

Die Gemeindeversammlung stimmte dem entsprechenden Antrag des Gemeinderats deutlich zu. Der Steuerfuss beträgt 2008 noch 60%. Der durchschnittliche Ansatz der Aargauer Gemeinden liegt bei 107%. Die NOK, Betreiberin der Reaktoren

Bezau I und II, bezahlen der Gemeinde 2008 Gewinnsteuern von voraussichtlich 7 Mio. CHF. Die Gemeinde erhält zudem 240000 CHF pro Jahr als Abgeltung der Standortgunst für das Zentrale Zwischenlager für radioaktive Abfälle (Zwilag) in der Nachbargemeinde Würenlingen. Der Gemeinderat von Döttingen rechnet, den tiefen Steuerfuss bis ins Jahr 2014 beibehalten zu können. Bereits in diesem Jahr hatte Döttingen, das 3420 Einwohnerinnen und Einwohner zählt, seinen Steuerfuss um 15 Prozentpunkte reduziert. (sda/sh)



« Wir stehen an der Schwelle von der Zeit der Pioniere zu der Zeit des Marktes. »

Michael Kaufmann, Vizedirektor des BFE, an der 7. Nationalen Fotovoltaik-Tagung in Emmenbrücke.

«Gewaltige Reduktionspotenziale» bei Gebäuden

«Das Jahr 2008 wird ein Jahr der Energiewende.» Dies sagte Vizedirektor Michael Kaufmann vom Bundesamt für Energie zur Einstimmung auf die Hausbau- und Energie-Messe, die vom 22. bis 25. November in Bern stattfand. Vor allem bei den Gebäuden, von denen 40% der CO₂-Emissionen stammen, gibt es laut Kaufmann «gewaltige Reduktionspotenziale». Deshalb wolle der Bund 200 Mio. CHF jährlich einsetzen, um mit einer Ansubfinanzierung energieeffiziente Gebäudesanierungen auszulösen.

Bei sanierten Gebäudehüllen schätzt Kaufmann das Reduktionspotenzial auf 30%, bei Haustechnik, Heizung und Warmwasser auf 60%. Innert 20 Jahren sollten zudem

die Hälfte des Heiz- und Warmwasserbedarfs und 70 statt 60% des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gedeckt sein.

Als Präsidentin der Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE) ist Doris Stump überzeugt, dass die Schweiz langfristig zu 100% mit Wasser, Sonne, Wind, Geothermie und Biomasse auskommen kann. Hier gebe es nicht nur grosse technische Fortschritte, sondern auch bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen.

An der 6. Hausbau- und Energie-Messe präsentierten über 370 Aussteller zukunftsgerichtete Lösungen für Hausbau, erneuerbare Energien, Sanierungen und Modernisierungen. (sda/kl)

Uneinigkeit wegen Motion über Zukunft des KKW Mühleberg

Die bernische Kantonsregierung soll sich beim Bundesrat für die Aufhebung der Befristung des Kernkraftwerks Mühleberg (KKM) einsetzen. Die Regierung hatte sich aus formalen Gründen gegen eine entsprechende Motion gewandt – vergeblich. Der Rat nahm den zwei Punkte umfassenden Vorstoss mit 84:54 bzw. mit 92:56 Stimmen an.

Fritz Freiburghaus (SVP/Rosshäusern), Peter Flück (FDP/Brienz) und Erwin Burn (EDU/Adelboden) wollen mit ihrer Motion erreichen, dass das KKM über das Jahr 2012 hinaus betrieben werden kann.

Die Regierung wies in ihrer schriftlichen Antwort darauf hin, es sei strittig, in welchem Verfahren über die von der BKW Energie AG beantragte Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung auf 2012 zu befinden sei. Ein entsprechendes Dossier sei beim Bundesgericht hängig. Weiter erinnerte die Kantonsregierung daran, dass ihre Energiestrategie vorsehe, bis ins Jahr 2035 rund 80% des im Kanton Bern erzeugten Stroms aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Ziel sei es, längerfristig auf die Kernenergie zu verzichten. (sda/kl)

Neue Haushaltgeräte verbessern Ökobilanz

Eine Studie der Electrolux zeigt: Innovative Haushaltgeräte tragen entscheidend dazu bei, Nebenkosten zu senken und Umweltbelastungen zu reduzieren

Würden in der Schweiz alle Haushaltgeräte, die über zehn Jahre alt sind, gleichzeitig ersetzt, würde das eine Verringerung des CO₂-Ausstosses um 210 000 Tonnen und eine Einsparung von 2 Mio. Kubikmeter Wasser bedeuten. Das entspricht einer Menge, die erreicht wird, wenn alle Haushalte in der Schweiz einen Wasserhahn gleichzeitig für 2 Stunden offen lassen. Ausserdem beliefen sich die ökonomischen Einsparungen auf 88 Mio. CHF.

Für einen durchschnittlichen Haushalt in der Schweiz bedeuten diese Ergebnisse, dass durch den Austausch von zehn Jahre alten Kühl- und Gefrierschränken, Waschmaschinen, Wäschetrocknern und Geschirrspülern durch neue, energiesparende Produkte der CO₂-Ausstoss um 265 Kilogramm verringert würde. Dazu kommen 111 CHF an eingesparten Stromkosten sowie eine Reduzierung des Energie- und Wasserverbrauchs um 302 kWh bzw. 2551 Liter.

Der Untersuchung von Electrolux liegt zugrunde, dass in allen Haushalten der Stadt Zürich sämtliche Geräte, die über zehn Jahre alt sind, durch effizientere Neuheiten ersetzt werden. (Electrolux/kl)

Unfall am Wysswasser: Freispruch für vier Kraftwerk-Vertreter

Das Bezirksgericht Goms hat vier Vertreter der Gommer Kraftwerke im Prozess um den Unfall von 2003 am Wysswasser vom Vorwurf der fahrlässigen Tötung freigesprochen. Nach Ansicht des Gerichts trifft sie keine Schuld am Tod von zwei Touristen.

Bei den Freigesprochenen handelt es sich um den Betriebsleiter, den Zentralenchef und zwei Angestellte der Kraftwerke. Die schriftliche Begründung des am 13. November vom Gericht in Brig bekannt gegebenen Urteils lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

Die Begehren der Zivilparteien wurden alle abgewiesen. Den vier Männern wurde zu Lasten des Kantons Wallis eine Entschädigung, in unbekannter Höhe, zugesprochen. Der Kanton Wallis muss ebenfalls die Verfahrenskosten tragen.

Familie aus Holland überrascht

Am 31. Juli 2003 liessen die Gommer Kraftwerke während fünf bis sechs Minuten Wasser aus einem Staubecken ab. Wäh-

rend dieser Zeit führte der Bergbach im Fieschertal rund 30 Kubikmeter Wasser pro Sekunde. Dabei wurde eine Familie aus Holland im Graben des Wysswassers überrascht. Zwei Kinder spielten im Bachbett, als plötzlich der Wasserpegel anstieg. Während sich das Mädchen selber retten konnte, versuchte die 48-jährige Stiefmutter dem zehnjährigen Buben zu helfen. Die beiden wurden mitgerissen und ertranken.

Sorgfaltspflichten nicht verletzt

Im Zentrum des eintägigen Verfahrens vom 5. November war die Frage gestanden, ob die Kraftwerkmitarbeiter Sorgfaltspflichten verletzt hatten, als sie zur Reinigung des Staubeckens Wasser abliessen.

Diese Frage hat das Gericht mit Nein beantwortet. Die Staatsanwaltschaft hatte bedingte Geldstrafen gefordert. Die vier Angeklagten hätten vorsichtiger sein und kontrollieren müssen, dass sich niemand im Bachbett befand, gerade im Jahrhundertssommer 2003. Sie hätten demnach der Strasse entlang zum Kraftwerk gehen müssen, statt die Seilbahn zu nehmen.

Warnschild nicht beachtet

Die Verteidiger hatten auf unschuldig plädiert. Der Ort, wo die Familie spielte, sei von der Seilbahn aus gut einsehbar gewesen. Man habe Ausschau gehalten, doch niemanden gesehen. Die Familie müsse deshalb erst später am Unglücksort eingetroffen sein.

Die Familie habe sich selber in Gefahr gebracht. Als sie durch Büsche bis zum Bachufer vorgedrungen sei, habe sie ein Warnschild passiert. Der Vater der Kinder räumte ein, das Schild gesehen zu haben. Er habe es aber nicht weiter beachtet. (sda/sh)